



Diese Mail ist in deutscher, französischer und italienischer Sprache verfügbar.



Ce courriel est disponible en allemand, en français et en italien.



Questa e-mail è disponibile in lingua tedesca, francese e italiana.



## Deutsch:

Liebe Freunde und Bekannte

Folgendes Thema steht an:

- Schreiben an alle in der Schweiz registrierten Banken

### Schreiben an alle in der Schweiz registrierten Banken

Unternehmen sind nur zum Handel berechtigt, wenn diese sowie deren Handlungsberechtigten öffentlich im Handelsregister eingetragen sind. Handeln sie trotz fehlender Publikation, so haften die einzelnen Angestellten für deren Handlungen privat. Das bedeutet auch, dass andere Unternehmen mit ihnen keine Handelsgeschäfte abschliessen dürfen, solange diese rechtlichen Bedingungen nicht erfüllt sind.

Den illegalen Kapitalgesellschaften, die sich anmassend Behörden und Ämter nennen, ist es seit Jahren immer noch möglich, dass sie ungestört Handel betreiben können. Schuld daran ist nicht nur die fehlende Bekanntheit der illegalen Umwandlung der einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften, sondern auch die Tatsache, dass der Zahlungsverkehr nie unterbrochen wurde.

In unserem System können Zahlungen<sup>1</sup> nur via Finanzintermediäre getätigt werden. Das bedeutet, dass deshalb primär die Banken im Mittelpunkt dieser Handlungen stehen, welche im Retail Banking tätig sind. In der Finanzbranche ist jedoch bekannt, dass die einstigen Institutionen illegal zu Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden.<sup>2</sup>

Aus diesem Grund habe ich mit Schreiben vom 18. Januar 2023 nebst den Banken auch Die Schweizerische Poste AG als Finanzintermediäre angeschrieben und ihnen die Allgemeinen Bedingungen bekannt gegeben, sollten sie ab dem 13. Februar 2023 Zahlungen zugunsten oder zulasten dieser illegalen Kapitalgesellschaften tätigen. Jede künftige Zahlung würde nicht nur mit einer Strafzahlung (Pönale) beschwert, sondern zusätzlich ebenfalls rückwirkend jede getätigte Transaktion seit der jeweiligen illegalen Umwandlung in Kapitalgesellschaften.<sup>3</sup>

Nun muss man sich über die wirtschaftliche Bedeutung dieses Instruments bewusst sein. Nehmen wir an, dass es vier Millionen Steuerzahler/Haushalte gibt, die ihre Steuern in drei Raten bezahlen und eine viertel Million Angestellte, die pro Jahr zwölfmal ihren Lohn erhalten. Allein diese Transaktionen würde die Finanzintermediäre mehr als eineinhalb Billionen Franken pro Jahr kosten. Dabei sind die übrigen Transaktionen noch nicht berücksichtigt. Zum Vergleich: Die Bilanzsumme aller bei der FINMA akkreditierten Institute beträgt rund drei bis vier Billionen Franken. Das bedeutet, würden alle Finanzinterme-

---

<sup>1</sup> Ausnahme bilden die Barzahlungen, die immer mehr eingeschränkt werden.

<sup>2</sup> Deutsch / Français / Italiano: [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

<sup>3</sup> [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/banken\\_20230118\\_bedingungen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/banken_20230118_bedingungen.pdf)

diäre weiterhin Zahlungen mit diesen illegalen Kapitalgesellschaften tätigen, würden sie in einem Jahr mehr als die halbe Bilanzsumme aller Finanzintermediäre vernichten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Allgemeinen Bedingungen ab dem 13. Februar 2023 auch rückwärts gelten, d.h. ab der jeweiligen illegalen Umwandlung. Die Schweizerische Eidgenossenschaft wurde am 18. Februar 2014 ins belgische Handelsregister eingetragen. Mit andern Worten: Würden alle Finanzintermediäre die Zahlungen fortsetzen, so würden sie auf einen Schlag mit der Forderung von mehr als der vierfachen Bilanzsumme konfrontiert.

Zu berücksichtigen ist hier zudem noch, dass nicht alle bei der FINMA akkreditierten Institute solche Zahlungen durchführen, weil einzelne auf Wertpapiere etc. spezialisiert sind. Das bedeutet, dass die übrigen Institute noch mehr belastet würden. Wenn die Finanzintermediäre die Zahlungen weiter führen würden, so wäre dies deren sicherer Untergang.

Ein Vergleich:

Im Sommer 2021 waren drei Bussen bzw. Strafbefehle aus dem Kanton St. Gallen gegen den Schreibenden nicht bezahlt, weshalb mir die Staatsanwaltschaft St. Gallen am 15. Juni 2021 die letzte Mahnung zustellte, die ich ignorierte. 48 Tage später forderten sie mich zum Strafantritt auf, den ich ebenfalls ignorierte, weshalb mich einen Monat später die Kantonspolizei Zürich besuchte. Ihre Forderung: Entweder 200 Franken bezahlen oder vier Tage im Gefängnis absitzen. Den Polizisten war erstere Variante lieber. Ich entschied mir für letzteres, um, zusammen mit meinen Bedingungen, ein eindeutiges Zeichen zu setzen.<sup>4</sup>

Ein Jahr später sind es nicht drei, sondern bereits sechs unbezahlte Strafbefehle. Die letzte Mahnung wurde am 4. August 2022 erlassen, die ich selbstverständlich ignorierte. Bis heute, nach fünfeinhalb Monaten, ist nichts passiert. Das bedeutet, die St. Galler spekulierten, dass ich lieber 200 Franken bezahlen würde als vier Tage im Gefängnis abzusitzen und sie deshalb keine Pönalen zu bezahlen hätten. Damit haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht, weshalb sie in meine exorbitanten Bedingungen eingetreten sind und demnächst mit diesen Forderungen direkt konfrontiert werden, die sie kaum bezahlen können. Mehr noch: Damit haben sie indirekt bestätigt, dass sie illegal tätig sind und zudem, dass der gewählte Mechanismus mit den Pönalen (Strafzahlungen) funktioniert.

Der Kanton Graubünden ist ebenfalls nicht gewillt, die verschiedenen unbezahlten Strafbefehle weder zu betreiben noch in Haft umzuwandeln. In diesem Zusammenhang verschickte letztmals das Bundesgericht sein Elaborat am 23. Juni 2022. Seither passierte nichts mehr. Auch das ist wieder eine stillschweigende Bankrotterklärung.

Es wird sich weisen, wie die Finanzintermediäre entscheiden werden. Werden sie die Zahlungen weiter tätigen, so werden sie mit ihrem Handeln ihre Unternehmen liquidieren. Stellen sie die Zahlungen ein, was aus deren Sicht rational sein müsste, können die illegalen Kapitalgesellschaften beispielsweise ihren Angestellten den Lohn für den Monat Februar nicht bezahlen.

Es ist davon auszugehen, dass deren Angestellten spätestens dann aufbegehren werden, nachdem sie über Jahre alle Verbrechen mitgemacht und verteidigt haben.

Ergänzungen:

- 1 Beachten Sie die Allgemeinen Bedingungen Ihrer Bank, die sie akzeptiert haben. Darin finden Sie verschiedene Hinweise, dass die Bank den Behörden diese und jene Informationen zukommen lassen dürfen. Leider sind das weder Behörden noch legale Unternehmen, sondern lediglich private Dritte, weshalb die Banken nicht nur das Berufsgeheimnis verletzen, sondern im Zusammenhang eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB) unterstützen und dabei die verfassungsmässige Ordnung gefährden (Art. 275 StGB). Zudem muss bis zum Beweis des Gegenteils davon ausgegangen werden, dass deren oberste Mitglieder einer dieser kriminellen Organisation angehören.

---

<sup>4</sup> Nur in Deutsch: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht\\_strafvollzug\\_sg.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht_strafvollzug_sg.pdf)

- 2 Dieses Schreiben an die Banken wurde nur an die oberste Geschäftsleitung verschickt. Es ist davon auszugehen, dass dieses Schreiben unter Verschluss gehalten wird. Deshalb muss dieses an deren Angestellte und die Aktionäre bzw. Genossenschafter verteilt werden. Letztere werden, sofern die Zahlungen nicht eingestellt werden, mit haften.
- 3 Die Luzerner Kantonalbank AG hat versucht, die Bedingungen abzulehnen.<sup>5</sup> In meiner Antwort<sup>6</sup> widerlege ich deren Behauptungen und zeige auf, dass die Luzerner Kantonalbank AG, aber nicht nur sie, institutionell das Berufs- bzw. das Bankgeheimnis verletzen. Diese Korrespondenz ist nur in Deutsch vorhanden.

Weitere Rundmails findet Ihr unter dem Link <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Mit freundlichen Grüßen

Alex W. Brunner

## Français :

Chers amis et connaissances

Le sujet suivant est à l'ordre du jour :

- Lettre à toutes les banques enregistrées en Suisse

### Lettre à toutes les banques enregistrées en Suisse

Les entreprises ne sont autorisées à faire du commerce que si elles et leurs ayants droit sont inscrits publiquement au registre du commerce. Si elles agissent malgré l'absence de publication, chaque employé est responsable de ses actes à titre privé. Cela signifie également que d'autres entreprises ne peuvent pas conclure de transactions commerciales avec elles tant que ces conditions légales ne sont pas remplies.

Depuis des années, les sociétés de capitaux illégales, qui se nomment abusivement autorités et offices, peuvent continuer à faire du commerce sans être inquiétées. La faute n'en revient pas seulement au manque de notoriété de la transformation illégale des anciennes institutions de droit public en sociétés de capitaux, mais aussi au fait que le trafic des paiements n'a jamais été interrompu.

Dans notre système, les paiements<sup>7</sup> ne peuvent être effectués que par le biais d'intermédiaires financiers. Cela signifie que les banques actives dans le secteur de la banque de détail sont au centre de ces actions. Dans le secteur financier, il est toutefois connu que les anciennes institutions ont été transformées illégalement en sociétés de capitaux.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb\\_20230127\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb_20230127_antwort.pdf)

<sup>6</sup> [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb\\_gl\\_20230130.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb_gl_20230130.pdf)

<sup>7</sup> Les paiements en espèces, qui sont de plus en plus limités, constituent une exception.

<sup>8</sup> Deutsch / Français / Italiano: [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

C'est la raison pour laquelle j'ai écrit le 18 janvier 2023 à La Poste Suisse SA en tant qu'intermédiaire financier, en plus des banques, pour leur faire part des conditions générales si elles devaient effectuer des paiements en faveur ou à la charge de ces sociétés de capitaux illégales à partir du 13 février 2023. Tout paiement futur serait non seulement soumis à une pénalité, mais également, avec effet rétroactif, à toute transaction effectuée depuis la transformation illégale en société de capitaux.<sup>9</sup>

Il faut bien se rendre compte maintenant de l'importance économique de cet instrument. Supposons qu'il y ait quatre millions de contribuables/ménages qui paient leurs impôts en trois fois et un quart de million d'employés qui reçoivent leur salaire douze fois par an. Rien que ces transactions coûteraient aux intermédiaires financiers plus d'un billion et demi de francs par an. Et ce chiffre ne tient pas compte des autres transactions. A titre de comparaison, le total du bilan de tous les établissements accrédités auprès de la FINMA s'élève à environ trois à quatre billions de francs. Cela signifie que si tous les intermédiaires financiers continuaient à effectuer des paiements avec ces sociétés de capitaux illégales, ils détruiraient en un an plus de la moitié du total du bilan de tous les intermédiaires financiers.

Il convient de tenir compte du fait que les conditions générales s'appliqueront également rétroactivement à partir du 13 février 2023, c'est-à-dire à partir de la transformation illégale concernée. La Confédération suisse a été inscrite au registre du commerce belge le 18 février 2014. En d'autres termes : Si tous les intermédiaires financiers poursuivaient les paiements, ils seraient confrontés d'un coup à une créance de plus de quatre fois le total du bilan.

Il faut en outre tenir compte du fait que tous les établissements accrédités auprès de la FINMA n'effectuent pas de tels paiements, car certains sont spécialisés dans les titres, etc. Cela signifie que les autres établissements seraient encore plus fortement impactés. Si les intermédiaires financiers continuaient à effectuer ces paiements, ce serait leur perte assurée.

Une comparaison :

En été 2021, trois amendes ou ordonnances pénales du canton de Saint-Gall contre le soussigné n'avaient pas été payées, raison pour laquelle le ministère public de Saint-Gall m'a envoyé le 15 juin 2021 le dernier rappel, que j'ai ignoré. Quarante-huit jours plus tard, ils m'ont demandé de me présenter au tribunal, ce que j'ai également ignoré, raison pour laquelle la police cantonale zurichoise m'a rendu visite un mois plus tard. Leur exigence : payer 200 francs ou faire quatre jours de prison. Les policiers préféraient la première option. J'ai opté pour la seconde, afin d'envoyer un signal clair, en même temps que mes conditions.<sup>10</sup>

Un an plus tard, il n'y a pas trois, mais déjà six ordonnances pénales impayées. Le dernier rappel a été émis le 4 août 2022, que j'ai bien entendu ignoré. À ce jour, après cinq mois et demi, rien n'a été fait. Cela signifie que les Saint-Gallois ont spéculé que je préférerais payer 200 francs plutôt que de purger quatre jours de prison et qu'ils n'auraient donc pas de pénalités à payer. Ce faisant, ils ont fait un mauvais calcul, ils sont entrés de fait dans mes conditions exorbitantes et seront bientôt confrontés directement à ces exigences qu'ils ne pourront sans doute pas payer. Plus encore : ils ont ainsi confirmé indirectement qu'ils exercent une activité illégale et, en outre, confirmé que le mécanisme choisi avec les pénalités (paiements d'amendes) fonctionne.

Le canton des Grisons n'est pas non plus disposé à poursuivre les différentes ordonnances pénales impayées ni à les convertir en détention. Dans ce contexte, le Tribunal fédéral a envoyé pour la dernière fois ses élucubrations le 23 juin 2022. Depuis, il ne s'est plus rien passé. Il s'agit là encore d'une déclaration de faillite tacite.

Nous verrons bien ce que décideront les intermédiaires financiers. S'ils continuent à effectuer les paiements, ils liquideront leurs entreprises par leurs actes. S'ils cessent les paiements, ce qui devrait

---

<sup>9</sup> [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/banques\\_20230118\\_conditions.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/banques_20230118_conditions.pdf)

<sup>10</sup> Seulement en allemand : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht\\_strafvollzug\\_sg.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht_strafvollzug_sg.pdf)

être rationnel de leur point de vue, les sociétés de capitaux illégales ne pourront par exemple pas payer le salaire de leurs employés pour le mois de février.

Il faut partir du principe que leurs employés se révolteront au plus tard à ce moment-là, après avoir participé à tous les crimes et les avoir défendus pendant des années.

Compléments :

- 1 Consultez les conditions générales de votre banque, que vous avez acceptées. Vous y trouverez diverses indications selon lesquelles la banque peut fournir telle ou telle information aux autorités. Malheureusement, il ne s'agit ni d'autorités ni d'entreprises légales, mais uniquement de tiers privés, raison pour laquelle les banques ne violent pas seulement le secret professionnel, mais soutiennent dans ce contexte une organisation criminelle (art. 260ter CP) et menacent ainsi l'ordre constitutionnel (art. 275 CP). De plus, jusqu'à preuve du contraire, il faut partir du principe que leurs membres les plus hauts placés appartiennent à une de ces organisations criminelles.
- 2 Cette lettre aux banques n'a été envoyée qu'à la direction suprême. On peut supposer que cette lettre est gardée sous clé. C'est pourquoi elle doit être distribuée à leurs employés et à leurs actionnaires ou sociétaires. Ces derniers seront également responsables si les paiements ne sont pas suspendus. A cet effet, une autre circulaire sera envoyée dans quelques jours avec des instructions supplémentaires sur ce qu'il convient de faire sans attendre.
- 3 La Luzerner Kantonalbank AG (banque cantonale de Lucerne SA) a tenté de rejeter les conditions.<sup>11</sup> Dans ma réponse<sup>12</sup>, je réfute leurs affirmations et montre que la Luzerner Kantonalbank AG, mais pas seulement elle, viole institutionnellement le secret professionnel resp. le secret bancaire. Cette correspondance n'est disponible qu'en allemand.

Vous trouverez d'autres circulaires sous le lien <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Avec mes meilleures salutations

Alex W. Brunner

## Italiano:

Cari amici e conoscenti,

L'argomento che segue riguarda:

- Lettera a tutte le banche registrate in Svizzera

### Lettera a tutte le banche registrate in Svizzera

Secondo il diritto commerciale, le imprese sono legittimate ad agire solo se esse, e i loro rappresentanti autorizzati, sono pubblicamente iscritti nel Registro di commercio. Se invece agiscono senza tale pubblica registrazione, i loro singoli dipendenti saranno responsabili, privatamente, delle proprie azioni.

---

<sup>11</sup> Seulement en allemand: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb\\_20230127\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb_20230127_antwort.pdf)

<sup>12</sup> Seulement en allemand: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb\\_gl\\_20230130.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb_gl_20230130.pdf)

Ciò significa che neanche le altre imprese sono autorizzate a effettuare transazioni commerciali con loro finché non verranno soddisfatte le condizioni legali.

Già da molti anni le società di capitali illegali, che si definiscono autorità e uffici pubblici per pura arroganza, riescono ad agire indisturbate, ma la colpa non è attribuibile solo alla mancata conoscenza della conversione illegale delle ex istituzioni di diritto pubblico in società di capitali, bensì anche al fatto che le transazioni finanziarie non sono mai state interrotte.

Nel nostro sistema i pagamenti possono essere eseguiti<sup>13</sup> solo tramite intermediari finanziari. Ciò significa che le banche che operano nel retail banking sono le prime a trovarsi al centro di questo modo di agire illegale, anche se nel settore finanziario è risaputo che le ex istituzioni di diritto pubblico sono state illegalmente convertite in società di capitali.<sup>14</sup>

Per questo motivo il 18 gennaio 2023 ho scritto una lettera non solo alle banche, ma anche alla Schweizerische Post AG (posta svizzera) in qualità di intermediari finanziari, informandole delle Condizioni generali cui dovranno sottostare nel caso in cui effettuassero pagamenti, a favore o a svantaggio, di tali società di capitali illegali a partire dal 13 febbraio 2023. Ogni pagamento futuro sarebbe soggetto non solo a una sanzione (penale), ma anche, retroattivamente, a tutte le transazioni effettuate dopo la rispettiva conversione illegale in società di capitali.<sup>15</sup>

A questo punto bisogna essere consapevoli dell'importanza economica di questo strumento. Supponiamo che vi siano quattro milioni di contribuenti/famiglie che pagano le tasse in tre rate e un quarto di milione di dipendenti che ricevono lo stipendio dodici volte l'anno. Queste transazioni, da sole, costerebbero agli intermediari finanziari più di un bilione e mezzo di franchi l'anno. E tutto questo senza tenere conto delle altre transazioni. Per fare un confronto: il patrimonio complessivo di tutti gli istituti accreditati dalla FINMA ammonta a circa tre o quattro bilioni di franchi. Ciò significa che se tutti gli intermediari finanziari continuassero a effettuare pagamenti con queste società di capitali illegali, distruggerebbero più della metà del bilancio totale di tutti gli intermediari finanziari in un anno.

Si noti che le Condizioni generali verranno applicate anche a ritroso, a partire dal 13 febbraio 2023, ovvero dalla rispettiva conversione illegale. Il 18 febbraio 2014 la Confederazione svizzera è stata iscritta nel Registro di commercio belga. In altre parole: se tutti gli intermediari finanziari dovessero continuare a effettuare pagamenti, si troverebbero a dover far fronte a una richiesta di risarcimento pari a più di quattro volte il totale del loro bilancio in un colpo solo.

Va inoltre considerato che non tutti gli istituti accreditati dalla FINMA effettuano tali pagamenti, poiché alcuni sono specializzati in titoli, ecc. Ciò significa che le restanti istituzioni verrebbero danneggiate ancora più. Se gli intermediari finanziari continuassero a effettuare i pagamenti, la loro fine sarebbe certa.

Per fare un confronto:

Nell'estate del 2021 lo scrivente non aveva ancora pagato tre multe e decreti di condanna emesse dal Canton San Gallo, cosicché il 15 giugno 2021 la Procura pubblica di San Gallo mi ha inviato l'ultimo sollecito, che però ho ignorato. 48 giorni dopo mi è stato chiesto di saldare il mio debito, cosa che ho ignorato, tant'è che, un mese dopo, la polizia cantonale di Zurigo è venuta a trovarmi. La loro richiesta: o pagare 200 franchi o scontare quattro giorni di carcere. La polizia preferiva la prima opzione. Io invece ho optato per quest'ultima soluzione, al fine di inviare un segnale chiaro, insieme alle mie Condizioni.<sup>16</sup>

Un anno dopo ero arrivato a non più tre, bensì a sei decreti di condanna insoluti. L'ultimo sollecito è stato emesso il 4 agosto 2022, che naturalmente ho ignorato. Fino ad oggi, dopo cinque mesi e mez-

---

<sup>13</sup> L'eccezione è rappresentata dai pagamenti in contanti, che sono sempre più limitati.

<sup>14</sup> Tedesco/Francese/Italiano: [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten Italiano à Ideologie à Dichiarazione di Dun&Bradstreet Schweiz AG del 30 novembre 2021

<sup>15</sup> [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/banche\\_20230118\\_condizioni.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/banche_20230118_condizioni.pdf)

<sup>16</sup> Solo in tedesco: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht\\_strafvollzug\\_sg.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht_strafvollzug_sg.pdf)

zo, non è successo nulla. Secondo il Canton San Gallo, quindi, io avrei preferito pagare 200 franchi piuttosto che scontare quattro giorni di prigione e così loro non avrebbero dovuto pagare alcuna penale. Ma hanno fatto i conti senza l'oste, ragion per cui si sono ritrovati soggetti alle mie Condizioni esorbitanti e presto si troveranno direttamente di fronte a queste richieste, che difficilmente potranno pagare. E ancora: con questo modo di agire hanno indirettamente confermato che stanno operando illegalmente e, inoltre, che il meccanismo scelto con le penali (sanzioni) funziona.

Anche il Cantone dei Grigioni non è disposto né a perseguire né a convertire in arresto i vari ordini di condanna non pagati. In questo contesto, l'ultima volta che il Tribunale federale ha inviato il suo elaborato è stato il 23 giugno 2022. Da quel momento in poi non è successo più nulla. Anche in questo caso si tratta di una tacita dichiarazione di fallimento.

Resta da vedere cosa decideranno gli intermediari finanziari. Se continueranno a effettuare i pagamenti, il loro agire porterà alla liquidazione delle loro imprese. Se interrompono i pagamenti, cosa che dovrebbe essere razionale anche dal loro punto di vista, le società di capitali illegali non potranno, ad esempio, pagare ai loro dipendenti gli stipendi del mese di febbraio.

Si può dunque presumere che tali dipendenti, dopo aver preso parte a tutti questi crimini e averli difesi per anni, presto o tardi si ribelleranno.

Integratori:

- 1 Osservate le condizioni generali della vostra banca, che avete peraltro accettato. Lì vi troverete la nota che la banca è autorizzata a divulgare alle autorità ogni tipo di informazione. Purtroppo, però, di fatto queste "autorità" non sono né autorità né imprese legali, bensì delle semplici terze parti private, per cui le banche non solo violano il segreto professionale, ma sostengono delle organizzazioni criminali (Art. 260ter del codice penale svizzero), mettendo in pericolo l'ordine costituzionale (Art. 275 del codice penale svizzero). Fino a prova contraria, si può peraltro presumere che i loro membri di punta appartengano proprio a una di queste organizzazioni criminali.
- 2 Questa lettera è stata inviata solo agli alti dirigenti bancari, pertanto è presumibile che verrà tenuta sotto chiave. Per tale motivo è necessario che essa venga distribuita anche ai dipendenti, agli azionisti e/o ai soci. Questi ultimi saranno responsabili in solido, a meno che i pagamenti non vengano regolarizzati. A tal fine, tra qualche giorno seguirà un'altra newsletter con ulteriori istruzioni su cosa fare immediatamente.
- 3 La Luzerner Kantonalbank AG ha cercato di rifiutare le Condizioni.<sup>17</sup> Nella mia risposta<sup>18</sup> confuto le loro affermazioni e dimostro che la Luzerner Kantonalbank AG, ma non solo questa, viola istituzionalmente il segreto professionale e bancario. Questa corrispondenza è disponibile solo in tedesco.

Altre newsletter sono disponibili nel link <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Distinti saluti

Alex W. Brunner

---

<sup>17</sup> Solo in tedesco: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb\\_20230127\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb_20230127_antwort.pdf)

<sup>18</sup> Solo in tedesco: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb\\_gl\\_20230130.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/lukb_gl_20230130.pdf)